

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 372 15. Nov. 2006

13. Jahrgang

Guatemala, 10 Jahre danach...

Den Leuten die Kontrolle über ihr Leben zurückgeben, Teil 1

Eine der Strategien der Aufstandsbekämpfung während des guatemaltekischen bewaffneten Konflikts war die systematische Zerstörung sozialer Beziehungen und Netze. Misstrauen allem und jedem gegenüber, Verlust des Selbstwertgefühls und gebrochene Persönlichkeitsstrukturen waren eine Folge davon. Heute geht es im Rahmen der Vergangenheitsaufarbeitung darum, diese Strukturen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene wieder aufzubauen. "Die Friedensabkommen sehen diesbezüglich keine Massnahmen vor", meint Marco Antonio Garavito. Garavito ist Leiter der *Liga Guatemalteca de Higiene Mental*. Die Liga wurde 1952, noch unter der Regierung von Jacobo Arbenz gegründet und verfolgt seit jeher einen präventiven Ansatz in der psychosozialen Arbeit.

Heute setzt sich die *Liga* u.a. für die Suche nach im Krieg verschwundenen Kindern ein und arbeitet mit Jugendlichen in marginalisierten Quartieren sowie in den Gefängnissen. Sie produziert Radio- und Fernsehsendungen, um die guatemaltekische Gesellschaft auf das Gewaltthema zu sensibilisieren. Wir veröffentlichen das Interview mit Marco Antonio Garavito in zwei Teilen.

Frage: Ende Dezember 1996 wurden die Friedensabkommen unterzeichnet und der langjährige bewaffnete Konflikt in Guatemala für beendet erklärt. Wie steht es heute, zehn Jahre später, um die psychosoziale Gesundheit Guatemalas?

M.A.G.: Zuerst müssen wir definieren, was wir unter psychosozialer Gesundheit verstehen, bevor wir über ihren Zustand sprechen. Psychosoziale Gesundheit ist ein Konzept, das durch die sozialen Beziehungen konstruiert bzw. zerstört wird. Die Wirbelsäule der psychosozialen Gesundheit sind die zwischenmenschlichen Beziehungen. Und davon abhängig, wie diese zwischenmenschlichen Beziehungen gestaltet und gelebt werden, in der Familie, in der Schule, bei der Arbeit oder in sozialen oder nationalen Kontexten, steht es um den Zustand der psychosozialen Gesundheit einer Gesellschaft. Der Krieg, als soziopolitisches Phänomen, hat diese Beziehungen aufs Schrecklichste durcheinander gebracht. Eine der grossen Herausforderungen, denen die guatemaltekische Nachkriegsgesellschaft nun gegenübersteht, ist die Reartikulierung der sozialen Beziehungen. Man trägt nichts zu seiner psychosozialen Gesundheit bei, wenn man sich im Zimmer einschliesst, sondern es ist in den zwischenmenschlichen Beziehungen, wo man seine Träume, seine Hoffnungen, sein Glück, sein Vertrauen oder Misstrauen, seinen Glauben, seine Hoffnung, seinen Fatalismus artikuliert.

Frage: Haben sich in diesen zehn Jahren die zwischenmenschlichen Beziehungen verändert?

M.A.G.: Man kann durchaus von gewissen Fortschritten sprechen – aber auch von Enttäuschungen. Der Krieg hat vieles zerstört, meistens versucht man dies in Zahlen auszudrücken, aber die Zerstörung der Subjektivität ist einerseits schwierig in Zahlen zu fassen und andererseits – was noch viel schlimmer ist – interessiert dies niemanden. Dabei ist die Zerstörung der Subjektivität der schlimmste Schaden, den der Krieg angerichtet hat. Dazu gehört auch die Zerstörung des Konzepts der BürgerInnenschaft, die Leute glauben an nichts

und niemanden mehr, sie nehmen nicht teil, sie sind misstrauisch.

Frage: Und dies noch heute?

M.A.G.: Heute noch. Doch ist dies ein Phänomen, das älter ist als der Krieg, es hat mit der Geschichte Guatemalas zu tun. Dieser Teil der Zerstörung konnte in den vergangenen zehn Jahren nicht repariert werden, im Gegenteil, sie wird durch die politische Krise, in der das Land steckt, verstärkt. Kurz nach dem Krieg gab es immerhin noch bestimmte Sektoren, die aus der revolutionären Bewegung entstanden waren, die eine Alternative boten und die Hoffnung auf die Durchführbarkeit ihrer politischen Projekte verbreiteten. Heute sind diese Sektoren total zerschlagen und bieten niemandem mehr eine Alternative, von der es sich zu träumen lohnte. Ich kenne viele Leute, die Teil dieser Bewegungen waren und heute total frustriert sind.

Frage: Sehen die Friedensabkommen Mechanismen vor, um die psychosozialen Wunden zu heilen?

M.A.G.: Man muss zwischen den Zeilen lesen können, um solche Stellen zu finden. Eine der grossen Schwächen der Friedensabkommen ist, dass das Thema der psychosozialen Gesundheit an sich nicht vorkommt, sondern es ist in vielen Bereichen implizit enthalten. Es fehlt jeglicher explizite Hinweis, dass Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Subjektivität wieder herzustellen.

Vergleichen wir es mit der ökonomischen Situation: Guatemala hat eine historische Finanzkrise und es wurden immer wieder Versuche gemacht, daraus herauszukommen. In den 70er Jahren der Plan zur interamerikanischen Integration, der Währungsfonds in den 80ern, heute das Freihandelsabkommen CAFTA (Central America Free Trade Agreement). Wir haben eine politische Krise, auch die hat man immer wieder versucht zu lösen. Der Krieg war ein Versuch, die (sozio-) politische Krise zu lösen.

Aber es gibt auch eine Krise auf der Beziehungsebene, die man normalerweise nicht wahrnimmt und die zu lösen sich niemand die Mühe macht. Es kann nicht bloss darum gehen, in einem Dorf einen Wasserhahn zu installieren, weil er die Leuten dazu bringt, sich im Streit über seine Benutzung gegenseitig umzubringen. Diese Beziehungskrise wird als Thema völlig marginalisiert und sie wird nicht tiefgreifend genug analysiert. Es gibt keine Vision, es gibt keine Programme oder Strategien, die dieses Phänomen angehen.

Frage: Was sind denn die Erfolge, die du erwähnt hast?

M.A.G.: Zum Thema Reartikulierung der zwischenmenschlichen Beziehungen wurde sehr wenig gemacht und wenn, dann an der Basis. Von Organisationen wie uns, die konkrete Projekte in diese Richtung haben oder gewisse Sektoren der Kirche. Aber staatlicherseits könnte ich dir kein Beispiel nennen. Es gab den Versuch, über Entwicklungsprojekte eine stärkere Partizipation der Bevölkerung zu erreichen, aber viele dieser Projekte sind gescheitert.

Frage: Was ist mit dem staatlichen Entschädigungsprogramm für die Opfer bzw. deren Hinterbliebenen? Man sagt ja, für einen Versöhnungsprozess braucht es Wahrheit, Gerechtigkeit und eine Entschädigung, sei diese nun moralisch oder finanziell.

M.A.G.: Das Entschädigungsprogramm ist sicher eine sehr wertvolle Initiative in diesem Zusammenhang. Doch leider hat es nicht funktioniert. Einer der grossen Fehler war, die Ausführung des Programms den Organisationen der sozialen Bewegung zu überlassen. Für die Gemeinden, für die betroffenen Leute, die sog. Opfer, war es eine riesige Enttäuschung. Viele dachten, jetzt würde endlich etwas geschehen, am Schluss war es aber wie immer: Es profitierten die selben wie immer, diejenigen, die eine Beziehung zu den im Programm arbeitenden AktivistInnen hatten oder wussten, wie man zu seiner/ihrer Sache kommt. Leider gab es auch Konkurrenz innerhalb der für das Programm Verantwortlichen. Die *Liga*, die zum Thema der verschwundenen Kinder arbeitet, wurde zum Beispiel nie berücksichtigt, weil wir aus alten Rivalitäten als „politische Feinde“ betrachtet wurden.

Für die betroffenen Leute, die irgendwo weit weg von der Hauptstadt leben und von dem nichts wussten oder nichts mitbekamen, war das total frustrierend. Sie warfen dem Programm vor, zentralistisch zu sein, das Geld für die Gehälter der Angestellten zu vergeuden, nie aus ihren endlosen Sitzungen und Büros herauszukommen, um einen Augenschein vor Ort zu nehmen, etc.

Vor einem Jahr hat die Regierung

interveniert und die Kontrolle über das Programm übernommen, viel Personal wurde ausgewechselt und es wurden ein paar Gruppen organisierter Witwen entschädigt. Ich kann mir gut vorstellen, dass der Regierung viel daran liegt, in nächster Zeit noch mehr Leute zu entschädigen – schliesslich ist 2007 ein Wahljahr und es müssen Wahlstimmen mobilisiert werden. Wir sehen das pragmatisch und empfehlen den Leuten, sich darauf einzulassen und das Geld anzunehmen solange es noch welches gibt, denn wer weiss, was unter einer neuen Regierung mit dem Programm geschieht. Leider, und das muss auch gesagt werden, konzentriert sich das Programm vor allem auf die ökonomische Entschädigung, auf der psychosozialen Ebene läuft sehr wenig und was da zum Teil gemacht wird, ist absolut hahnebüchern, die Leute werden für ziemlich dumm verkauft.

Frage: Worin besteht die psychosoziale Arbeit der *Liga*?

M.A.G.: Das Konkreteste, was wir machen, findet im Arbeitsbereich „Psychosoziale Arbeit und Gewalt“ statt. Dort arbeiten wir in zwei Bereichen. Zum einen haben wir einen Vertrag mit den guatemaltekischen Gefängnisbehörden und arbeiten seit nun vier Jahren in Gefängnissen. Zum anderen haben wir das Programm *Todos por el Encuentro*, das sich der Suche von während des Krieges verschwundener Kinder und dem Zusammenführen mit ihren Familienangehörigen widmet. Mit diesem Programm haben wir 1999 begonnen, übrigens auf Initiative der Schweizer Pestalozzi-Stiftung. Ursprünglich hatten wir den Auftrag, eine Untersuchung zum Thema zu machen. Zum Abschluss der Untersuchung gab es eine Veranstaltung in der Kathedrale und das war's dann. Ich fragte mich dann, „Und jetzt, was machen wir mit den Leuten, die wir über die Untersuchung kennen gelernt und bei denen wir auch eine gewisse Hoffnung geweckt hatten?“ Es konnte doch nicht einfach darum gehen, viel Lärm und Brimborium um eine Studie zu machen und dann die Sache auf sich beruhen zu lassen. So haben wir uns entschieden, an dem Thema weiter zu arbeiten.

Das Programm läuft jetzt seit bald sieben Jahren. Es ist ein Versuch, das Vertrauen, die Kampfeslust und den Protagonismus der Leute zu wecken und zu stärken, die ins Programm involviert sind. Das gewaltsame Verschwindenlassen als ein soziopolitisches Phänomen hat nämlich genau dies zum Ziel: Der überlebenden Person oder der Person, die jemanden verliert, die Kontrolle über das eigene Leben zu nehmen. Die Logik unseres Programms ist, einfach ausgedrückt, den Leuten die Kontrolle über ihr Leben zurück zu geben. Und dieses zurückgeben bzw. zurücknehmen der Kontrolle ist für sie heilend. Die Leute

beginnen wieder zu kämpfen, sie beginnen zu fordern. Sie fordern, die Wahrheit über das Schicksal ihrer Liebsten zu erfahren und sie fordern Gerechtigkeit vom Staat, der für das Verschwindenlassen ihrer Angehörigen verantwortlich ist.

Als wir begannen, haben wir die Familienangehörigen völlig isoliert angetroffen, allein. Viele, etwa 60% der Leute, mit denen wir arbeiten, haben ihre Fälle nicht einmal den Wahrheitskommissionen (REMHI und Guatemala – Nunca Más) erzählt. Es ging also zuerst darum, in ihnen selber die Kraft wieder zu erwecken, sich auf die Suche nach den Verschwundenen zu machen, eine Suche, die u.U. das ganze Leben lang dauern wird. Wir verfolgen aber auch ein strategisches Ziel mit unserem Programm: Die Organisation. Wir sind seit Jahren daran, eine Organisation der Familienangehörigen und Hinterbliebenen von Verschwundenen aufzubauen. Denn die *Liga* wird sich früher oder später aus dieser Arbeit zurückziehen und wir wollen verhindern, dass in dem Moment das ganze Projekt in sich zusammenfällt. Wir hoffen, nächstes Jahr mit der Organisation an die Öffentlichkeit treten zu können. Es war ein langer Prozess, mit vielen Verzögerungen, aber es war uns wichtig, die Leute einzubeziehen, ihnen nicht einfach zu sagen, so, du bist jetzt Teil einer Organisation, sondern sie wirklich an diesem Prozess teilhaben zu lassen.

Frage: Von wie vielen Leuten sprechen wir?

M.A.G.: Im Moment begleiten wir 504 Fälle. Also 504 Fälle, wo es Zeugenaussagen und Anklagende gibt. Aber oft ist es pro Fall mehr als eine Person, sind es die Eltern oder die Geschwister.

Wir verstehen die Organisation nicht bloss als ein soziopolitisches Werkzeug, sondern auch als eine Ressource für die psychosoziale Gesundheit der Betroffenen. Das Zusammenkommen der Leute, der Austausch unter ihnen war fabelhaft. Die Leute haben auch persönlich eindrückliche Prozesse durchlaufen, zum Teil sind sie nicht mehr wiederzuerkennen im Vergleich dazu, wie wir sie damals angetroffen haben.

Frage: Was bietet ihr den Leuten? Es ist ja oft so, dass diese Programme gekoppelt sind, Bewusstseins- oder Organisationsarbeit und im Gegenzug finanzielle Unterstützung. Denn das tägliche Überleben ist für die Leute auch ein ganz reales – und oft vordringliches – Problem.

M.A.G.: Das war tatsächlich sehr schwierig. Die Logik, nach der in Guatemala viele Projekte funktionieren, ist genau diese. Die Leute haben sich an ihren „Opferstatus“ gewöhnt, daran haben auch die Entwicklungsorganisatio-

nen mit ihren assistentialistischen Projekten einen Teil der Verantwortung.

Wir waren von Beginn an sehr klar in dieser Hinsicht. Die Leute wissen genau, dass es im Programm kein Geld für niemanden hat. Ich erinnere mich an eine Frau in Chisec, die mich fragte, ob wir ihr finanziell helfen würden. Ich sagte „Nein, Doña Maria. Aber – geht es um Ihren Sohn oder um meinen?“. „Um meinen“, sagte sie. „Und Sie wollen ihn finden?“, fragte ich. „Aber natürlich will ich ihn finden“, sagte sie. „Wir können Sie im Rahmen des Möglichen unterstützen, aber vielleicht müssen auch Sie etwas investieren, Ihre Mahlzeiten selber bezahlen, wenn sie zu einem Treffen kommen oder auf ein Amt gehen müssen.“ Ich sage dir, diese Frau ist heute sehr aktiv im Programm. Es brauchte viel Überzeugungsarbeit unsererseits und es war eine Katastrophe, als dann das Wiedergutmachungsprogramm kam und es plötzlich hiess, es gäbe 24'000 Quetzales pro Toter/Totem. Doch für unsere Leute ist unterdessen klar, Wiedergutmachung heisst für sie Wahrheit und heisst, ihre Verschwundenen zu finden.

Frage: Viele behaupten, es brauche drei Dinge als Voraussetzung für Versöhnung: Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. In Guatemala sind sämtliche juristischen Bestrebungen, Gerechtigkeit zu erlangen, blockiert. Kann es unter diesen Umständen überhaupt zu einer Versöhnung kommen?

M.A.G.: Selbstverständlich. Als wir unser Programm entwickelten und Definitionen und Prinzipien aufstellten, gingen wir davon aus, dass es sich in erster Linie um ein menschliches Problem handelt. Zweifellos, seine Ursachen sind politisch und brauchen politische Lösungen. Aber wir dürfen die Menschen und ihre Geschichten dahinter nicht vergessen.

Im Zusammenhang mit den verschwundenen Kindern gab es zwei Mythen: Erstens, es gäbe gar keine verschwundenen Kinder, die noch leben, die Politik der „verbrannten Erde“ habe sie alle umgebracht, und zweitens, die Hinterbliebenen hätten Angst, in dieser Sache etwas zu unternehmen. Beide Annahmen haben sich im Verlauf der Arbeit als falsch herausgestellt. Klar haben die Leute Angst, aber es kommt darauf an, wie du das Thema an sie heranträgt. Die Leute in unserem Programm wollen in erster Linie wissen, was mit ihren Kindern geschehen ist. Es geht ihnen nicht so sehr darum, irgendwen dafür zu bestrafen.

Wenn sie dann aber ihre Kinder gefunden oder eben nicht gefunden haben aber die Umstände kennen, unter denen ihre Kinder gestorben sind, dann beginnt möglicherweise ein anderer Prozess. Doch darf man nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen und gleich zu Beginn von Exhumierungen und juristi-

schen Prozessen sprechen. Da blocken sie ab. Die Angst, der Terror ist internalisiert. Doch das Thema der verschwundenen Kinder – entweder es befreit dich, du stirbst ohne es je gewusst zu haben, oder es hilft dir, die Ängste zu überwinden.

Die Frage, die wir den Leuten stellen ist: Wenn du ein Kind hattest, das dir vor 20 Jahren weggenommen wurde und du hättest heute die Möglichkeit herauszufinden, was mit ihm geschehen ist, würdest du die Sache anpacken oder nicht? Normalerweise sagen die Leute ja, wer würde das nicht wollen? Bisher hat niemand gesagt, dass er oder sie es nicht wissen wollte.

Ich denke, unser Programm konnte sich entwickeln und konnte überleben, weil wir keinen konfrontativen Diskurs führen. Natürlich sehen wir den politischen Aspekt des Problems, ganz klar, aber wir wollen die Leute nicht manipulieren, sie nicht zu etwas zwingen, zu dem sie vielleicht noch gar nicht bereit sind. Und das müssen wir respektieren. Ich bin sicher, dass der Tag kommen wird, wo 1000 oder 2000 Familien sich politisch für ihre Verschwundenen einsetzen werden, aber das ist ein Prozess, dessen Tempo sie bestimmen müssen. Die politische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit unserer Arbeit ist uns sehr wichtig, doch wo bleibt diese, wenn wir die Prozesse forcieren?

Frage: Ohne generalisieren oder kulturalisieren zu wollen, aber haben Indigenas andere Methoden als Ladinos/-as, um die Vergangenheit zu bewältigen? Ich komme auf diese Frage angesichts der Tatsache, dass es im Fall der Ladinos/-as oft einzelne, selektive Morde waren und im Fall der Indigenas ganze Gemeinden, ganze Gemeinschaften massakriert wurden.

M.A.G.: Das Phänomen von kollektiven Traumata ist in den Maya-Gemeinden historisch. Für viele Ladinos/-as war der Krieg DIE grosse Tragödie, während es für die bäuerlichen Mayas eine weitere unter vielen Tragödien war. Durch die Kultur oder die Religion haben die Leute über die Jahre Formen des Widerstandes entwickelt. Dies hat bereits mit der Conquista begonnen.

Ich habe mich einmal mit einem alten Mann im Ixcán über den Krieg unterhalten. Und ich fragte ihn, wie sie das überhaupt aushalten konnten. „Wir machten dies und das, aber weisst du mein Sohn, für uns war das der kleine Krieg“, sagte er mir. „Wie, der kleine Krieg, welches ist denn der grosse Krieg?“ „Der grosse Krieg war die Epoche der Kolonialisierung.“ Wenn du die Geschichte der Kolonialisierung anschaut, ist sie voller Tragödien, die die Mayas erlebt haben.

Frage: Du meinst also so etwas wie eine kollektive historische Erinnerung?

M.A.G.: Ja, all das was wir als „factor resiliente“ bezeichnen, der dir erlaubt, Widrigkeiten zu begegnen und sie auszuhalten. Die Mayas lernten dies, weil sie immer wieder traumatische Prozesse durchleben mussten.

Die CPR (Widerstandsdörfer in den guatemalteckischen Bergen/Urwäldern) sind ein Beispiel dafür. Die CPR waren keine neue Erfindung. Während der Kolonialisierung sind ganze Dorfgemeinschaften im Quiché, in Huehuetenango oder in Baja Verapaz in die Berge geflüchtet, um die von den Spaniern verlangten Tribute nicht erbringen zu müssen. Sie hatten dort ihre Dörfer, die sie *Pajuides* nannten und die Spanier haben sie verfolgt, ihnen regelmässig ihre Häuser und Felder abgebrannt, sie gezwungen, zurückzukommen, worauf sie dann wieder geflüchtet sind. Die CPR sind in dem Sinne Teil einer Erinnerung an den Widerstand während der Kolonialisierung.

Frage: Hilft diese kollektive Erinnerung den Indigenas, mit ihrer individuellen Geschichte umzugehen?

M.A.G.: Ja und Nein. Denn wir müssen auch berücksichtigen, dass sich gewisse Umstände verändert haben. Der Prozess des Widerstands, ausgehend von der Kultur oder der Organisationsform der Maya, hat Risse bekommen. Wir dürfen auf keinen Fall die Maya idealisieren. All diese Geschichten von DER Kosmvision DER Maya sind Blödsinn! Es gibt Maya die 150%-ige orthodoxe Evangelisten sind, die nichts mir der Maya-Kosmvision am Hut haben. Wir müssen die Angelegenheit etwas differenzierter betrachten. Dazu gehören ökonomische Phänomene wie die Globalisierung, die in den Maya-Gemeinden diese bestimmte Vision von Widerstand zerstört haben. Mit dem Erstarren der Maya-Bewegung in den letzten Jahren hat nochmal eine wichtige Verschiebung stattgefunden: Diejenige vom Widerstand zum Aufbruch (Konstruktion).

Bisher war die Logik und Identität der Mayabewegung der permanente Widerstand, doch jetzt nach dem Krieg, mit den Friedensabkommen, der weltweiten Entwicklung und der Tatsache, dass der guatemalteckische Staat gemerkt hat, dass er die Maya nicht mehr einfach so ausschliessen kann, zeigt sich ein Bild von einer sich im Aufbruch befindenden Maya-Bevölkerung.

Jetzt geht es darum, diese jahrhundertalte Logik des Widerstandes zu überwinden, ein schwieriger Prozess, der nicht ohne Widersprüche und Konflikte ablaufen wird. Von der Subjektivität her gesehen, und ohne es idealisieren oder romantisieren zu wollen, sind das natürlich enorm positive Prozesse.

(Zweiter Teil des Interviews im nächsten ¡Fijáte!)

Anhaltender Terror im Ixcán

Guatemala, 05. Nov. Während das Menschenrechtsprokurat (PDH) den Bericht seiner Untersuchung des militärischen Übergriffs auf die Gemeinde Ixtahuacán Chiquito in der Region Ixcán, Departement Quiché, am 21. August vorlegt, bei dem angeblich Drogenbosse und massenweise Waffen gesucht aber nicht gefunden wurden, geht der Terror im Ixcán weiter. (siehe ¡Fijáte 367) Dabei hatte die PDH gerade noch konstatiert, dass jene Aktion deutliche Züge von Missbrauch gegenüber der Bevölkerung getragen habe, die nach Jahren des Exils in Mexiko sich erst 1994 in der Gegend wieder angesiedelt hatten, alles Überlebende der Verfolgung während des Internen bewaffneten Konflikts.

Waren die Ereignisse im August wortreich in der Presse berichtet und kommentiert worden, herrscht derzeit mediales Schweigen und allein Kommunikés der Betroffenen und unabhängige Medien lassen Informationen nach aussen sickern.

So schreibt Ana María Monroy in der Internetzeitschrift albedrio.org von dem „rentabelsten Megaprojekt des Präsidenten Oscar Berger, das die Ausmasse des Wasserkraftwerkes Chixoy mit einem Produktionspotential von 330 Megawatt und Kosten von ca. US-\$ 300 Mio. weit übersteigt“. Dieses, das geplante Wasserkraftwerk Xalalá, hat nun sein

erstes Todesopfer gefordert.

Unklar sind und bleiben wohl die Umstände. Gerüchte, Verschwundene, Unbekannte, die sich einerseits als Stellsensuchende Lehrer vorstellen, andererseits aber angeblich vom Nationalen Elektrizitätsinstitut INDE ausgesandt wurden, um die Stimmung in Bezug auf das Wasserkraftwerk zu sondieren, gescheiterte Versuche von Seiten des INDE, Führungspersönlichkeiten der Gemeinden zu kaufen, die Finanzierung eines Gemeinderadios, durch das Verleumdungen von einzelnen Personen verbreitet werden – und der geplanten Stromerzeugungsanlage durch die *Inter-amerikanische Entwicklungsbank* BID – stehen genauso im brisanten Zusammenhang wie die Tatsache, dass das Wasserkraftwerk in Xalalá Teil des Systems des zentralamerikanischen Stromnetzes SIEPAC und damit Kernstück des regionalen Infrastrukturvorhabens *Plan Puebla Panamá* (PPP) ist.

Gemäss eines Artikels in der Tageszeitung *Prensa Libre* im Mai diesen Jahres, als Präsident Berger das erste Mal international die Lizenzvergabe von Xalalá bekannt gab, sei „die Region, in der der Staudamm gebaut werden soll, wenig bewohnt“ – doch in Realität sind es mindestens 35 Gemeinden in den Municipien Ixcán und Uspantán im Quiché und Cobán, Alta Verapaz, die Gefahr lau-

fen, durch die durch den Damm provozierte Überschwemmung direkt oder indirekt betroffen zu werden.

Doch die offene und geballte Ablehnung des Vorhabens durch die gut organisierte Bevölkerung der Gegend hat bereits wiederholt militärische Spitzelstrategien zum Einsatz kommen lassen. Für 5'000 Quetzales (ca. US-\$ 650) im Monat sollen Einzelpersonen die Gemeindemitglieder überreden.

Die Gerüchte und haltlosen Beschuldigen schüren die Spannung und das Misstrauen unter der Bevölkerung, die sozialen Organisationen, die Bürgermeistereien, Lokalen Räte und gar die Katholische Kirche werden gegeneinander aufgehetzt.

Einer der vermeintlichen Lehrer oder Spitzel verschwand urplötzlich und die Gemeinde organisierte sich, um ihn zu suchen. Eine bereits verwesende Leiche wurde gefunden, doch bislang wurden weder Identität noch Todesursache festgestellt.

Monroy stellt die These auf, dass diese Ereignisse den perfekten Vorwand bieten zur Einschüchterung der Bevölkerung und dem Wiederaufleben der Militärpräsenz in der Region, mittels der sowohl der Bau des Wasserkraftwerks als auch der zum PPP-gehörenden Strasse *Franja Transversal del Norte* garantiert und die Erdölabbauverträge, die 80% des Ixcán belangen, und Plantagenanbauten von Afrikanischer Palme und Zuckerrohr vorangetrieben werden können.

Carlos Paz Tejada – Militär und Revolutionär

Guatemala, 02. Nov. Carlos Paz Tejada, Oberst und herausragender Anführer der Oktoberrevolution 1944, Anführer der Militärrebellion vom 13. November 1960 und des ersten Guerilla-Aufstandes im März 1962 in Guatemala, verstarb am 30. Oktober in Mexiko-Stadt im Alter von beinahe 89 Jahren. Sein langjähriger Freund, der Autor und Verleger Carlos Figueroa Ibarra, erinnerte in seinem Nachruf an den Werdegang Paz Tejadas, der sowohl während seiner militärischen Karriere als auch als Bauingenieur brillante Erfolge zählte. 1944 nahm er aktiv an dem zivilen und militärischen Putsch teil, der der Diktatur des Jorge Ubico Castañeda ein Ende setzte. Unter dem folgenden Präsidenten Juan José Arévalo wurde Paz Tejada zum Vorsitzenden des Obersten Verteidigungsrates ernannt, anschliessend unter Jacobo Arbenz Guzmán wirkte er als Kommunikationsminister. Aufgrund von Differenzen mit dem Präsidenten und anderen hohen Militärs trat er von diesem

Amt zurück und widmete sich seiner Ingenieurs-Karriere, stets treubleibend der Revolution von 44.

Nach der Kontrarevolution 1954 ging Paz Tejada ins Exil, nahm jedoch aus dem Untergrund heraus an zahlreichen konspirativen Aktionen gegen die Diktatur von Carlos Castillo Armas teil.

In dem mit Figueroa Ibarra geschriebenen Buch „Paz Tejada. Militär und Revolutionär“ resümiert er sein Leben mit einem Zitat von Pablo Neruda: „Ich gestehe, ich habe gelebt“.

„Wenn man von würdigen und Prinzipentreuen Militärs sprechen kann, liegt es an Persönlichkeiten wie Paz Tejada, mit einer menschlichen Sensibilität, die noch heute diejenigen überragt, die die Waffen zur Unterwerfung des Landes nutzen und nicht, um es zu befreien“, schreibt Miguel Angel Albizures. Der Verstorbene habe als Beispiel für jene neuen Generationen gegolten, die von einem anderen Land träumten und träumen, so der Journalist.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treack

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Erste Festnahmen wegen Genozids

Guatemala, 11. Nov. Ab 6 Uhr morgens, am Dienstag, 07. November, wurde zumindest im Ansatz Realität, was der Spanische Gerichtshof bereits vor vier Monaten beantragt hatte (siehe ;Fijáte! 362): Die ersten zwei Angeklagten wegen Genozids, Folter, Terrorismus, Mordes und illegaler Festnahmen während der Jahre 80-84 sind in polizeilichem Gewahrsam. Nachdem das Aussenministerium Ende Oktober den internationalen Haftbefehl an den Obersten Gerichtshof weitergeleitet hatte, wies dieser nun die Fünfte Strafkammer an, vier der insgesamt sieben aufgelisteten Verantwortlichen für die Taten zu verhaften: Den General Oscar Humberto Mejía Víctores, Präsident durch Putsch an Ríos Montt von 1982-86, General Ángel Anibal Guevara Rodríguez, Verteidigungsminister unter Lucas García von 1978 bis 82, den Oberst Germán Chupina Barahona, Ex-Direktor der Nationalpolizei (PN) und den Zivilisten Pedro Garica Arredondo, Chef des berüchtigten 6. Kommandos ebendieser Nationalpolizei. Nicht auf der Haftliste stehen derweil General Benedicto Lucas García, Präsident von 1978 bis 82, der im vergangenen Mai in Venezuela gestorben ist, der ehemalige Innenminister Donaldo Álvaro Ruiz, der sich seit mindestens einem Jahr auf der Flucht befindet, sowie Efraín Ríos Montt, Präsident durch Putsch an Lucas García von 1982 bis 83 und seit mehr als 20 Jahren Generalsekretär der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG).

Die Erklärungen für die Auslassung Ríos Montts sind vielseitig. Die einen verweisen auf die bereits vor Monaten von Ríos Montts Verteidiger eingereichten Verfassungsbeschwerde als Behinderung, die KammerrichterInnen bewerten die erbrachten Beweise für unzureichend, Ríos Montt für den Brand der Spanischen Botschaft am 30. Januar 1980 und den Mord an vier Spanischen Priestern zur Verantwortung ziehen zu können, denn er habe in dieser Zeit keinen entsprechenden öffentlichen Posten innegehabt, derweil aus Spanien bereits bekundet wurde, dass der Audienz ein Fehler unterlaufen und die Anklageschrift nicht vollständig übersandt worden sei, was baldmöglichst korrigiert werden soll. Ganz eindeutig beschränkt sich die spanische Argumentation nicht auf die Ereignisse, die spanische Bürger zum Opfer hatten. Ebenso liegen zahlreiche Dokumente vor, die gerade die Amtszeit von Ríos Montt als die grausamste in Sachen Massaker und aussergerichtlicher Hinrichtungen belegen: Laut dem Bericht der Wahrheitskommission CEH wurden in den 16 Monaten unter Ríos Montt 69% aller Hinrichtungen, 41% der sexuellen Verbrechen, 45% der Foltertaten verübt und 626 Massa-

ker gezählt. Insgesamt, so publizierte die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM), seien während des Internen bewaffneten Konflikts 1'112 Massaker durchgeführt worden, von denen 94,06% den staatlichen Kräften zugeschrieben werden.

Mit der Erklärung seines Anwalts, die guatemalteckische Justiz sei selbst in der Lage, Recht zu sprechen, Spanien habe somit überhaupt nichts zu sagen und die Haftbefehle seien folglich illegal, stellte sich der 81jährige ehemalige Verteidigungsminister Guevara freiwillig der Polizei und sitzt inzwischen in Untersuchungshaft in der Hauptstadt. Dort ist es ihm gleich gelungen, sich auf die Krankenstation verlegen zu lassen und leistet dort nun diversen FRG-Abgeordneten Gesellschaft.

Der 86jährige Chupina leidet indes an einer wohl schweren Magenerkrankung, mit der er nun erst einmal unter Polizeischutz in ein Krankenhaus gebracht wurde.

Während der ehemalige PN-Kommandochef García Arredondo gar nicht erst lokalisiert wurde, begünstigten vermeintliche Nachlässigkeiten, die sich die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) und die Staatsanwaltschaft gegenseitig vorwerfen, das offenbare Verschwinden von Ex-Präsident Mejía Víctores. Dieser wohnt in einer Wohnanlage mit 36 Einheiten in der Hauptstadt und weiss als Nachbarn sowohl Verwandte als auch Freunde. Entsprechend beantragte die PNC einen Durchsuchungsbefehl für die ganze

Anlage, doch die Staatsanwaltschaft wollte spezifische Angaben und genehmigte nach vier Tagen des Hin und Hers bloss die Inspektion von zwei Appartements. In der Zwischenzeit gingen in Mejías Wohnung Anwälte und Militär-veteranen ein und aus, um der Familie Beistand und Rat zu leisten, verweigerten jedoch jegliche Information darüber, ob sich der Gesuchte in der Wohnung befinde. Als sich die Polizei endlich rechtlichen Zugang verschafft hatte, war die Suche erfolglos. Auch Mejía gilt seitdem als flüchtig.

Unterdessen berufen sich die involvierten Anwälte fast ausschliesslich auf das Argument der ihres Erachtens nach rechtswidrigen Gerichtsbarkeit und ignorieren dabei, dass Guatemala die notwendigen internationalen Konventionen vor Jahren ratifiziert hat. Offenbar ist ihnen und den sonst gleich protestierenden Militärclans das dünne Eis, auf dem sie sich mit der Verteidigung der Angeklagte bewegen, bewusst. So ist das Bekanntwerden der Haftbefehle ohne grossen Widerhall von der Gesellschaft hingenommen worden. Auch die die Anklage unterstützenden Opfer- und Menschenrechtsorganisationen verhielten sich konziliant und begrüsst den Rechtsbescheid mit einer friedlichen Demonstration, organisiert von der Koordination „Genocidio Nunca Más“, die vor dem Obersten Gerichtshof endete. Dabei verurteilten sie die Flucht Mejía Víctores und forderten die Verhaftung von Ríos Montts.

USA nehmen Militärtraining wieder auf

Washington, 10. Nov. Die USA werden wieder Militärs aus Mexiko, Costa Rica, Ecuador, Brasilien, Peru, Paraguay Uruguay und anderen lateinamerikanischen bzw. karibischen Ländern trainieren. Auslöser sei die nordamerikanische Sorge angesichts „der Siege der Linken“ in der Region, so die US-amerikanische Tageszeitung *USA Today*. Diese erinnerte zudem daran, dass die Trainingslager seit 2002 untersagt worden waren, da einige der Länder nicht die Immunität der US-Militärs garantierten, um ihre Verurteilung wegen Kriegsverbrechen zu verhindern. Doch eine spezielle Verfügung von Präsident George W. Bush sorgt jetzt dafür, dieses Verbot aufzuheben - in insgesamt 21 Ländern weltweit und 11 in Lateinamerika und der Karibik. Gemäss *USA Today* vertraue die US-Administration darauf, auf diese Weise Bindungen zu den Ländern schmieden zu können“ auf dass „die linken Tendenzen sich abschwächen“.

Barbados, Trinidad und Tobago, Saint Vincent und die Grenadinen vervollständigen die Liste der karibischen

Länder, in denen das Training durch das US-Militär wieder aufgenommen werden kann. Doch Waffenlieferungen stünden weiterhin unter US-amerikanischem Veto, so der Sprecher des US-Militärstützpunktes *Comando Sur*.

Die Suspendierung des Militärtrainings habe aus Sicht der USA einen Verlust ihres Einflusses in der Region gehabt, infolgedessen „linke KandidatInnen in Lateinamerika an die Macht gelangt seien“, schreibt das Nachrichtenblatt.

Zahlreiche lateinamerikanische Militärdiktatoren, darunter auch General Ríos Montt und zahlreiche guatemalteckische Militärs, erhielten in der berühmten *Escuela de las Américas*, die lange in den USA und schliesslich in Panama stationiert war, den notwendigen Drill, um sich in Sachen Folter und Terror zu perfektionieren. Selbst hochrangige Militärangehörige aus Argentinien und Chile bewerten die zur Zeit des Internen bewaffneten Konflikts aktiven Militärkorps in Guatemala als Spezialisten auf ihrem Gebiet.

Wenn zwei sich streiten, freut sich Panama

New York/ Guatemala, 04. Nov. Nach letztendlich 46 Wahlrunden, von denen Guatemala in 45 im nicht ausreichenden Stimmvorteil lag, haben am 01. November nun die konkurrierenden Aspiranten auf einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, Guatemala und Venezuela, ihren Rücktritt erklärt (siehe ¡Fijáte! 371). Als Alternative schlugen sie der *Gruppe Lateinamerika und Karibik* (GRULAC) Panama als Vertreterland der Region vor, das ab Januar Argentinien in New York ablösen soll. Auch wenn der Kanalstaat diesen Posten nicht in seine aussenpolitische Agenda der nächsten zwei Jahre vorgesehen hatte, nahm das Land das GRULAC-Mandat geehrt entgegen. Dass nun allein die Zweidrittelmehrheit der UNO-Generalversammlung fehlt, um der Wahl ihren Segen zu geben, gilt als reine Formsache.

Die Konsequenz aus der Ausweglos scheinenden Pattsituation zwischen Guatemala und Venezuela erfüllt das südamerikanische Land mit Siegesansinnen; die Parlamentspräsidentin Cilia Flores bezeichnet die "Niederlage der USA" gar als einen "Triumph für die venezolanische Aussenpolitik". Dabei hat sich Guatemala stets – zumeist vergeblich – dagegen gewehrt, als Spielfigur der USA zu gelten, die auf jeden Fall verhindern wollten, dass Venezuela den UN-Ratsitz einnehme. So klingt Aussenminister Gert Rosenthal eher verbittert, hatte er doch darauf gehofft, dass das südame-

rikanische Land aus Höflichkeit zurücktrete, habe Guatemala doch ausser in einer in allen Wahlrunden mehr Stimmen erhalten.

Der Politanalyst Erwin Pérez befürchtet in *incidencia democrática*, dass die angesichts des hintergründigen Machtkampfes unnötige Wahlprozedur nicht nur die Beziehungen zwischen Guatemala und Venezuela, sondern auch zwischen den lateinamerikanischen Blöcken vergiftet haben könnte. Hatte Panama im Oktober noch sein Desinteresse an einem Ratssitz bezeugt, seien aber

durch seine Wahl, so Pérez, keine grossen Veränderungen auf der UN-Sicherheitsbühne zu erwarten und seine Rolle ähnlich derer einzuschätzen, die Guatemala eingenommen hätte.

Panama war bereits viermal nicht-ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied. Aufgrund seiner geografischen Lage könne es als Grenze zwischen den Washington-Gehorsamen und den Ländern interpretiert werden, die auf demokratische Weise von einer wachsenden Linkswelle in Südamerika überrollt werden, meint Pérez.

Drei Abgeordnete in Paris

Guatemala, 10. Nov. Drei Abgeordnete der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) nutzten eine falsche Einladung, um eine Reise – vom 06. bis 12. des Monats – nach Paris zu rechtfertigen. Dort sollten sie angeblich an einem Seminar der Organisation *ParlamentarierInnen für die Globale Aktion* (PGA) teilnehmen. Doch diese dementierte die Einladung telefonisch und bewertete den Brief als „betrügerischen Akt von Fälschung“. Die drei Reisenden bezeichnen sich selbst indes als Opfer eines „Betrugs“, sie hätten sich auf Anordnung des Kongresspräsidenten Jorge Méndez Herbruger auf den Weg gemacht.

Alle drei Abgeordneten – Virna López, Jaime Martínez und Waldemar Barillas – gehören zur Parteispitze und sind Vorsitzende von nicht unwichtigen parlamentarischen Kommissionen. Aufgrund der Abwesenheit ihrer Leiterin López, verschob die Kommission für Wahlangelegenheiten die Diskussion um den Etat für das Oberste Wahlgericht für nächstes Jahr, einem Wahljahr. Bis in zwei Wochen muss die Entscheidung billigungsfähig sein. Barillas, Vorsitzender der Kommission des Inneren, fehlte bei der Sitzung der FraktionsleiterInnen, ausserdem wurde wegen ihm die Gesetzesinitiative für Private Sicherheitsunternehmen von der Agenda genom-

men, die in diesen Tagen im Plenum verlesen werden sollte. Martínez hat den Vorsitz der GANA im Kongress inne und setzte die Diskussion um die komplexe Situation seiner Partei hinsichtlich der Vorauswahl des Präsidentschaftskandidaten seiner Partei aus, die für Anfang Dezember angesetzt ist. Inzwischen hat nämlich der in den Interventionsfall der *Bancafé* involvierte Eduardo González seine Kandidatur doch zurückgezogen. (siehe ¡Fijáte! 371)

Kongresspräsident Jorge Méndez zeigte sich derweil angesichts des gefälschten Briefes überrascht und konnte weder seine Entscheidung rekonstruieren, noch war es ihm in den Sinn gekommen, den vermeintlichen Briefkopf mit dem der Einladung zu vergleichen, die er selbst von der PGA im August für eine Veranstaltung nach Tokio erhalten hatte.

Die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) erklärte in einem Kommuniqué unterdessen, dass die Fälschung von Einladungen zumindest für den Abgeordneten Martínez offenbar Usus war, sei er doch noch im Sommer involviert gewesen in die Fälschung eines Briefes, mittels dem er gemeinsam mit KollegInnen seinen Aufenthalt in Deutschland während der Fussball-WM offiziell zu begründen suchte.

Grammy geht nach Guatemala

Guatemala, 03. Nov. Der guatemaltekische Sänger Ricardo Arjona erhielt für seine Platte "adentro" den *Grammy* für das beste männliche Pop-Vokalalbum. Arjona, der nicht bei der Verleihung in New York war, war noch in drei anderen Kategorien nominiert, von denen die Kolumbianerin Shakira zwei für sich entscheiden konnte. Sowohl in Interviews, in seinen Liedern sowie bei politisch ausgerichteten Events tritt Arjona stets für die sozialpolitische Situation seines Landes und der Region ein. So erklärte er jetzt auch in Mexiko, wo er letzte Woche eine Tour mit 12 Konzerten startete, nachdem er 35 Mal in Folge den Veranstaltungsort Luna Park in Buenos Aires, Argentinien, gefüllt hatte, "dass Mauern überall auf der Welt eine Schande seien", womit er sich auf die Mauer bezog, die die USA an der Grenze zu Mexiko errichten.

Unsicherheit macht Geschäft

Guatemala, 06. Nov. Die wachsende Unsicherheit in Lateinamerika hat die Nachfrage nach gepanzerten Fahrzeugen in den letzten zehn Jahren um 700% ansteigen lassen und die technischen Entwicklungen in dieser Branche rasant erweitert, so José Ramón Abraham, Unternehmenschef der mexikanischen Firma Abate, die sich in Kürze in Guatemala niederlassen und 1 Mio. US-\$ investieren will. Dieses Land hat sich in einen attraktiven Markt für schussliche-

re Autos verwandelt. Die Verpanzerungsanlage wird Arbeitsplätze für 35 Leute bieten, die in Mexiko und Sao Paulo, Brasilien, fortgebildet werden.

Das Verpanzern eines Fahrzeuges kostet je nach Stärke zwischen 30'000 und 150'000 US-\$. Damit sollen Schüsse von 9mm-Waffen bis Attacken von AK-47-Maschinengewehren abgewehrt werden können. Durch das zusätzliche Gewicht vermindert sich die Nutzzeit des Wagens um 30%.